

Der Fall München wird noch abgewartet

Vor Abschaffung der Straßenausbau-Gebührensatzung ist Rechtssicherheit notwendig

VON CHRISTIAN BIERSACK

Erst kam es zum Eklat und dann folgte der Beschluss der großen Stadtratsmehrheit, dem Vorschlag von Rechtsdirektor Jürgen Kohler zu folgen und das Aufheben der Straßenausbaugebührensatzung zu verschieben, bis Rechtssicherheit besteht.

NEUMARKT — Denn die sei, so Kohler, derzeit nicht gegeben. Die Rechtsaufsicht am Landratsamt Neumarkt habe ihn in seiner Auffassung bestärkt, dass die Voraussetzungen noch nicht vorhanden sind, um diese umstrittene Satzung abzuschaffen und durch eine allgemeine Grundsteueranhebung zu ersetzen.

Dies war der Inhalt einer Petition, die Flitz-Vorsitzender Dieter Ries eingereicht hatte. Gegen die Stimmen von Flitz und SPD wurde diese Eingabe abgelehnt.

Kohler widersprach der Behauptung, die Stadt München hätte diesen oben beschriebenen Schritt bereits getan. Tatsache sei, dass die Fraktionen von SPD und CSU im Stadtrat der Landeshauptstadt ihren Bürgern die als ungerecht empfundene Bürde nehmen wollen. Die Regierung von Oberbayern und das bayerische Innenministerium hätten jedoch das Vorhaben gestoppt. Jetzt sei das Verwaltungsgericht damit beschäftigt.

Kohler riet dazu, abzuwarten, wie das Urteil ausfallen wird. Werde den Münchenern erlaubt, die Lasten des Straßenbaus auf alle Schultern zu verteilen, werde er umgehend auf den Stadtrat zukommen. Die Neumarkter Bürger können sich in diesem Fall berechnete Hoffnungen machen, dass die ungeliebte Satzung fällt. Im Stadtrat deutet sich dafür eine breite Mehrheit an.

Die Abstimmung über Kohlers Vorschlag kam zustande, nachdem Werner Mümmeler (UPW) mit einem Antrag zur Geschäftsordnung die sich anbahnende Grundsatzdiskussion beendete. Mümmeler wurde jedoch von Johann Gloßner postwendend bezichtigt, selbst noch keinen Cent Ausbaugebühren bezahlt zu haben. Das sei Unsinn, sagte Mümmeler nach der Sitzung. Er erwarte jeden Tag den Bescheid über seinen Anteil für die Sanierung der Lohgasse.

Die Straßenausbaugebühren sind ein Thema, das derzeit bundesweit diskutiert wird. Doch den Verweis auf die Modalitäten in anderen Bundesländern ließ Kohler nicht gelten. Maßgebend für Neumarkt sei die Bayerische Auslegung.

Dieter Ries hatte sich unter anderem darauf berufen, dass Kommunen „unter besonderen Umständen ausnahmsweise“ von der Beitragserhebung absehen könnten. Die gute Kassenlage der Stadt Neumarkt sei, findet Ries, so ein besonderer Umstand. Diese

Auffassung teilte die Rechtsaufsicht aber nicht. Als Flitz-Stadtrat Hans Jürgen Madeisky die Aussagen Kohlers mit drastischen Worten in Zweifel zog, reagierte der städtische Jurist empört. „Sie überschreiten Grenzen“, rief er Madeisky zu, „mir reicht's“, und er stopfte zornig seine Ordner in die Aktentasche. Es war aber dann Madeisky, der den Sitzungssaal wortlos verließ, nachdem ihm OB Thumann dasselbe entzogen hatte.